

EU-Nachrichten 14 2016

KURZ & KNAPP

VW-Abgasskandal 3

EU moniert Verstöße gegen Verbraucherrecht

IM FOKUS

Moderne Netze 4

Europa auf dem Weg zur Gigabit-Gesellschaft

EU vs. Apple 6

Kommission drängt auf Steuergerechtigkeit

Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten erscheint nach dem Tag der Deutschen Einheit am 6. Oktober 2016.



Kommissionspräsident Juncker setzte der EU-Skepsis in seiner Rede eine positive Agenda konkreter gemeinsamer Projekte entgegen.

Credit © European Union, 2016

EU-TREFFEN IN BRATISLAVA

Künftigen Kurs ohne Briten festlegen

Die EU wird anders aussehen, wenn die Briten ihren Austrittsbeschluss in die Tat umgesetzt haben. Was die Prioritäten einer Gemeinschaft aus 27 Staaten sein sollen, darüber wollen die Staats- und Regierungschefs am 16. September bei einem informellen Gipfeltreffen in Bratislava beraten. „Die drei größten Herausforderungen sind unkontrollierte irreguläre Einwanderung, Terrorismus und die Angst vor Globalisierung“, sagte EU-Ratspräsident Tusk, der wie Kommissionspräsident Juncker vor dem Treffen die Teilnehmer konsultierte.

Juncker rief jeden Einzelnen der 27 Staats- und Regierungschefs auf, sich drei Gründe zu überlegen, warum die Europäische Union gebraucht wird. „Drei Dinge, die sie bereit sind zu verteidigen und dafür auch die Verantwortung zu übernehmen.“

■ [EU-Gipfel in Bratislava](#)

JUNCKERS REDE ZUR LAGE DER EU

Europa muss schützen, stärken und verteidigen

Mit einer ganzen Reihe von konkreten Initiativen will die EU-Kommission im kommenden Jahr den Bürgerinnen und Bürgern den Wert des europäischen Projekts vor Augen führen und die Krise in der EU überwinden helfen. Das hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Grundsatzrede zur Lage der EU angekündigt. „Die nächsten zwölf Monate sind entscheidend, wenn wir unsere Union wieder zusammenführen wollen“, sagte er.

> Er rief alle Mitgliedstaaten und Institutionen eindringlich auf, in Bereichen an einem Strang zu ziehen, „in denen gemeinsame Lösungen am dringendsten benötigt werden“, und Handlungsfähigkeit zu beweisen. „Wir müssen ein besseres Europa schaffen: Ein Europa das beschützt, das den europäischen Lebensstil erhält, seine Bürger stärkt und sie zu Hause und international verteidigt“, sagte Juncker.

Er warnte davor, sich von Populismus verführen zu lassen und rief auf, sich auf die europäischen Werte zu besinnen, die der EU jahrzehntelangen Frieden und Wohlstand gebracht hätten. „Es ist an den europäischen Nationen, die Gründe unse-

rer europäischen Einheit zu verteidigen. Niemand kann das statt ihrer tun“, so Juncker. Zu den konkreten Initiativen, die gemeinsam mit Junckers Rede präsentiert wurden, gehören solche, die Wirtschaft und Wachstum stärken sollen. Etwa ein Gesetzespaket zur Stärkung des digitalen Binnenmarktes (siehe Seite 4) und der Vorschlag, die EU-Investitionsoffensive zu verlängern und auszuweiten (siehe Seite 5). „Ich kann und werde nicht akzeptieren, dass die Millennium-Generation, die Generation Y, möglicherweise die erste Generation seit 70 Jahren ist, der es schlechter geht als ihren Eltern“, begründete Juncker die Notwendigkeit zu Investitionen in junge Menschen und Start-Up-Unternehmen. >>

REDE ZUR LAGE DER EUROPÄISCHEN UNION

Einige Kernsätze aus Junckers Ansprache im Europäischen Parlament



Zu mehr Sicherheit trage auch bei, die EU-Interessen außenpolitisch besser durchzusetzen. „Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen.“ Juncker rief die Mitgliedstaaten auf, militärisch und auch in der Rüstungsindustrie enger zusammenzuarbeiten. Um dort Forschung und Entwicklung zu fördern, werde die Kommission bis Jahresende einen europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen. Der Präsident forderte auch, eine europäische Strategie für Syrien zu entwickeln und den internationalen Einfluss der EU zu stärken, indem die Außenbeauftragte Federica Mogherini zur wirklichen Europäischen Außenministerin werde.

Zum britischen Wunsch, aus der EU auszutreten, sagte Juncker, er respektiere und bedaure das zugleich. Um die Phase der Unsicherheit zu beenden, wünsche er sich möglichst bald das Austrittsgesuch aus London, dann könne das „freundschaftliche Verhältnis“ neu gestaltet werden. Durch einen britischen Austritt sei die EU „in ihrem Bestand nicht gefährdet“. Eine echte Gefahr für das europäische Projekt sieht Juncker aber, wenn die Mitgliedstaaten nicht aufhören, alle Erfolge der nationalen Politik gutzuschreiben und Misserfolge der EU anzukreiden. „Europa muss besser erklärt werden“, forderte Juncker. Dazu seien Debatten in den Staaten nötig. „Denn Europa kann nur mit den Mitgliedstaaten aufgebaut werden, niemals gegen sie.“ (frh) >

Rede zur Lage der Union

Technokratische Fehler korrigieren

Zu einer politischen Kommission gehöre es, Fehler umgehend zu bereinigen, sagte Kommissionspräsident Juncker und nannte den jüngsten Vorschlag zu Roaminggebühren als Beispiel. Die Kommission werde das Versprechen der Gesetzgeber einlösen, diese abzuschaffen. „Nicht nur für Geschäftsleute, die zwei Tage ins Ausland reisen. Nicht nur für Urlauber, die zwei Wochen in der Sonne verbringen. Sondern für alle Grenzgänger. Und für die Millionen von Erasmus-Studenten, die ein oder zwei Semester im Ausland verbringen. Sie werden nächste Woche einen neuen, besseren Entwurf zu Gesicht bekommen. Roaming sollte sein wie zu Hause sein“, sagte Juncker.

>> Die Arbeitslosigkeit sei seit der Wirtschaftskrise zwar gesunken, aber immer noch zu hoch. Die Menschen bräuchten Jobs, und zwar fair bezahlte. Um entsandte Arbeitnehmer vor Sozialdumping zu schützen, dränge die Kommission auf die Verabschiedung der reformierten Entsenderichtlinie. Juncker kündigte an, die sozialen Rechte weiter stärken zu wollen.

Für faire und soziale Marktwirtschaft

Weitere Projekte der Kommission sind mehr Fairness im internationalen Wettbewerb und bei der Besteuerung von Unternehmen. Mit stärkeren Handelsschutzinstrumenten will Juncker etwa die Stahlindustrie vor Importen zu Dumpingpreisen schützen. „Wir sollten keine naiven Freihändler sein, aber wir sollten in der Lage sein, genauso kraftvoll zu reagieren wie die Vereinigten Staaten“, sagte er. Auch den Landwirten versprach er europäische Solidarität. „Für mich ist es nicht akzeptabel, dass Milch billiger ist als Wasser“, so Juncker.

Gemeinsam könnten die Europäer internationale Handelsabkommen durchsetzen, die viele Jobs sicherten, hob der Luxemburger einen weiteren

Wert der EU hervor. 30 Mio. Arbeitsplätze seien vom Export abhängig. Jede Milliarde Euro mehr Handelsvolumen bringe Tausende neue Jobs. „Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada ist das beste und fortschrittlichste Abkommen, das die EU je ausgehandelt hat“, so Juncker. Es sollte schnell ratifiziert werden.

Toleranz nicht mit Sicherheit bezahlen

Was die Sicherheit angeht, sagte Juncker, auch von Terroristen dürften sich die Europäer nicht bewegen lassen, den eigenen Werten untreu zu werden. „Wir, das sind demokratische, pluralistische, offene und tolerante Gesellschaften. Der Preis für diese Toleranz darf jedoch nicht unsere Sicherheit sein.“ Künftig solle festgehalten werden, wer über die EU-Außengrenzen ein- und ausreist, nationale Behörden und Nachrichtendienste müssten Informationen über Verdächtige austauschen. „Wir werden unsere Grenzen mit der neuen Europäischen Grenz- und Küstenwache schützen“, sagte Juncker und kündigte konkret an: „Ich möchte, dass ab Oktober mindestens 200 zusätzliche Grenzschutzbeamte und 50 zusätzliche Fahrzeuge an der bulgarischen Außengrenze im Einsatz sind.“

VW-ABGASSKANDAL

Auch Verstöße gegen Verbraucherrecht moniert

Volkswagen droht in der EU weiterer Ärger mit Kunden, die vom Diesel-Abgasskandal betroffen sind. Verbraucherschutzorganisationen und -behörden aus den meisten Mitgliedstaaten hätten mitgeteilt, dass sie VW auch einen Verstoß gegen EU-Verbraucherrecht vorwerfen, sagte EU-Justizkommissarin Věra Jourová. Es sei Angelegenheit nationaler Behörden und Gerichte, dem nachzugehen und sicherzustellen, dass VW-Kunden gegebenenfalls die bestmögliche Entschädigung bekämen. Die Kommission wolle dabei koordinieren und werde die Durchsetzung des Rechts überwachen, sagte Jourová. Sie kündigte Gespräche mit Behörden, Verbraucherschutzorganisationen und möglichst mit VW selbst an.

Der Umstand, dass VW-Kunden über den tatsächlichen Schadstoffausstoß ihres Dieselfahrzeugs getäuscht wurden, kann laut der Kom-

missarin neben einem Verstoß gegen das Typenzulassungsrecht auch einen Verstoß gegen die Richtlinie zum Verbrauchsgüterkauf und zu Garantien für Verbrauchsgüter sowie gegen die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken darstellen. Das EU-Recht sieht laut Jourová vor, dass die fraglichen Fahrzeuge entweder ersetzt oder repariert werden oder dass Kunden einen Preisnachlass erhalten. Für Schadenersatzansprüche oder die Festlegung von Strafen gegen den Hersteller seien nationale Behörden allerdings nicht zuständig, das sei Sache nationaler Gerichte. „In der EU ist der Weg zu Schadenersatz komplizierter als in den USA“, sagte die Tschechin.

■ *Statement von Justizkommissarin Jourová*



© josefkubes / Shutterstock.com

MEHRWERSTEUERLÜCKE

EU-Staaten entgingen 2014 fast 160 Milliarden Euro

Die EU-Staaten haben 2014 insgesamt 159 Mrd. Euro weniger an Mehrwertsteuern eingenommen, als zu erwarten war. Allein Deutschland büßte knapp 23,5 Mrd. Euro ein, wie aus dem von der EU-Kommission veröffentlichten Jahresbericht zur so genannten Mehrwertsteuerlücke hervorgeht. Die Kommission sprach von einem „unannehmbar“ hohen Betrag. „Das derzeitige System ist beklagenswert schlecht geeignet, um gegen Probleme wie Mehrwertsteuerbetrug und Fehlkalkulation vorzugehen, und es ist ganz klar, dass sich die Zahlen nicht von selbst verbessern werden“, erklärte der für Steuern zuständige Kommissar Pierre Moscovici.

Die Mitgliedstaaten müssten sich nun rasch auf ein endgültiges, betrugssicheres EU-Mehrwertsteuersystem einigen, „damit wir dieses Problem ein für alle Mal beheben können“. In einem im Juli vorgelegten Aktionsplan zur Überarbeitung des jahrzehntealten Mehrwertsteuersystems werden Vorschläge für einen einheitlichen Mehrwertsteerraum für das kommende Jahr angekündigt. Unter anderem soll dann das Bestimmungsländprinzip festgeschrieben werden. Moscovici forderte die Mitgliedstaaten zur „zielführenden“ Vorbereitung auf. Die Mehrwertsteuer ist in der EU eine bedeutende Quelle öffentlicher Einnahmen, die sich 2014 laut Kommission auf fast 1 Bio. Euro belief.

■ *Mehrwertsteuerlücke*

BRITISCHER KOMMISSARSKANDIDAT KING

Sicherheitspolitik muss europäisch sein

Terroristen und organisierte Kriminalität kennen keine nationalen Grenzen. Um sich zu schützen, müssen die EU-Staaten enger zusammenarbeiten, sagte Julian King, der designierte britische EU-Kommissar für die Sicherheitsunion. Er wurde von Abgeordneten des Europäischen Parlaments befragt, um seine Eignung für das Amt zu prüfen. „In der heutigen Welt ist kein Mitgliedstaat sicher, wenn nicht alle sicher sind. Dies ist der Grund, weshalb dieses Amt jetzt benötigt wird“, sagte King zu dem neu geschaffenen Portfolio in der Kommission.

Eine der Prioritäten sieht King in der zügigen Verabschiedung der Richtlinie über die Terrorismusbekämpfung. Außerdem kündigte er für den Fall seiner Ernennung an, in den kommenden Monaten Vorschläge zu unterbreiten, um den Terroristen ihre Finanzierungsgrundlage zu entziehen. Der Zugang zu illegalen Waffen müsse erschwert werden. Weitere vorrangige Bereiche sieht der Brite beim Ausbau der zuständigen EU-Agenturen wie Europol, beim Kampf gegen die Radikalisierung und Hassreden im Internet sowie beim besseren Schutz der EU-Außengrenzen. Er werde ausschließlich im „allgemeinen europäischen Interesse“ handeln, versicherte King mit Blick auf das Votum seiner Landsleute für einen EU-Austritt. Das Parlamentsplenum stimmte der Ernennung von King zu.

■ *Julian King vor dem Europaparlament*

„SÄULE SOZIALER RECHTE“ IN EU

Deutsche Sozialpartner bringen Vorstellungen ein

Die EU-Kommission will eine „Säule der sozialen Rechte“ in der EU etablieren und damit den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft stärken. Wie die Arbeitswelt und die soziale Sicherung in Zukunft aussehen sollen, was im aktuellen EU-Rechtsrahmen funktioniert und was nicht, wird derzeit quer durch Europa diskutiert, als Vorbereitung für ein im Frühjahr geplantes Strategiepapier. Bei einer von EU-Kommission und Europäischem Wirtschafts- und Sozialausschuss in Berlin organisierten Veranstaltung beteiligten sich unter anderem Spitzenvertreter von deutschen Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Die Gewerkschaften wollen eine stärkere „soziale Säule“, um einen „Wettbewerb nach unten“ zu verhindern. Auch Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), betonte den Wert des sozialen Ausgleichs. Wenn Deutschland einen Beitrag zu mehr Konvergenz leiste, nutze das allen. „Wir müssen unsere zugehnten Taschen öffnen“, sagte Clever. Deutschland sei nicht größter Zahlmeister, sondern größter Profiteur offener Märkte in Europa. Gleichzeitig mahnte Clever aber an, dass nur wirtschaftliche Stärke neue Spielräume eröffne. Bildungspolitik sei daher der Schlüssel zum sozialen Ausgleich.

■ *Säule der sozialen Rechte*

Europa auf dem Weg zur Gigabit-Gesellschaft



Der vorgeschlagene Regulierungsrahmen für die Kommunikationsbranche soll Unternehmen Anreize geben, in hochmoderne Netze zu investieren.

> Außerdem machte sie Vorschläge zur Modernisierung des Urheberrechts, um die kulturelle Vielfalt und die Verfügbarkeit von Inhalten über das Internet zu fördern und klarere Regeln für alle Internet-Akteure festzulegen.

„Es ist an der Zeit, zu einer Gigabit-Gesellschaft überzugehen und dafür zu sorgen, dass alle Europäerinnen und Europäer, unabhängig davon, ob sie auf dem Land oder in der Stadt leben, eine hochwertige Internetanbindung bekommen“, sagte der für digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger.

Neue Jobs durch 5G-Technik erhofft

Zu den rechtlich unverbindlichen Vernetzungszielen bis 2025 gehört die Ausstattung von Einrichtungen „mit besonderer sozioökonomischer Bedeutung“, wie Schulen, Universitäten, Krankenhäusern oder von der Digitaltechnik abhängige Unternehmen mit Internetanbindungen mit Übertragungsgeschwindigkeiten von 1 Gigabit pro Sekunde. Zudem sollen alle Privathaushalte einen Internetanschluss von mindestens 100 Mbit/s erhalten, der auf Gigabit/s aufgerüstet werden kann. Alle Stadtgebiete sowie wichtige Straßen- und Bahnverbindungen sollen mit einer Anbindung an den modernsten Mobilfunkstandard 5G versorgt werden. Als Zwischenziel strebt die Kommission an, dass bis 2020 mindestens eine Großstadt in jedem Mitgliedstaat mit 5G-Antennen ausgerüstet wird.

Der Start der 5G-Technik, von der sich die Kommission zwei Millionen neue Arbeitsplätze ver-

spricht, soll laut Aktionsplan 2020 nach einem gemeinsamen Zeitplan und mit abgestimmter Frequenzpolitik erfolgen. Die Mitgliedstaaten sollen bis 2018 nationale Ausbaupläne vorlegen.

Der Kodex für die Telekommunikation soll vier bestehende Richtlinien von 2009 ersetzen. Vorschlag wird, den Markt nur noch dort zu regulieren, wo dies die Interessen der Endnutzer erfordern und gewerbliche Vereinbarungen zwischen Netzbetreibern keine befriedigenden Lösungen bringen. Diese Regel soll es für Unternehmen lohnend machen, in hochmoderne Netze zu investieren.

Faire Vergütung von Urhebern

Auch das Urheberrecht soll an die Digitalisierung angepasst werden. So soll eine faire Vergütung für Künstler, Journalisten, Verlage und andere Urheber wertvoller Inhalte durchgesetzt werden. „Dabei darf es keine Rolle spielen, ob ein Werk im Studio oder im Wohnzimmer entstanden ist, ob es offline oder online verbreitet wird, ob es über einen Drucker vervielfältigt oder zu kommerziellen Zwecken ins Netz gestellt wird“, sagte Juncker. Eine neue Richtlinie soll es Urhebern etwa erleichtern, für die Nutzung ihrer Inhalte auf Videoplattformen wie YouTube oder Dailymotion bezahlt zu werden. Verleger sollen erstmals als Rechteinhaber anerkannt werden, was ihre Position in Verhandlungen mit Online-Diensten wie etwa Google über die Nutzung von Inhalten stärken soll.

Die Entwicklung der Wirtschaft, von kulturellen und Dienstleistungsangeboten, die Art wie Europäer miteinander kommunizieren, ihre Freizeit gestalten und ihr Leben organisieren, wird immer mehr von den Möglichkeiten des Internets bestimmt. „Wir müssen vernetzt sein“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der EU. „Deshalb müssen wir jetzt in diese Vernetzung investieren.“ Noch am Tag der Rede schlug die Kommission einen „Kodex für elektronische Kommunikation“ vor, mit dem die für den Ausbau hochwertiger Netze in den kommenden zehn Jahren veranschlagte Investitionslücke von 155 Mrd. Euro geschlossen werden kann.

Weiter wird angestrebt, dass Verbrauchern mehr Internetinhalte zur Verfügung stehen und diese auch grenzüberschreitend abgerufen werden können. In einer Verordnung sollen die Bedingungen festgelegt werden, zu denen Sendungen und sogenannte Nachholdienste wie die ZDF Mediathek in anderen Mitgliedstaaten online bereitgestellt werden können. Erleichterungen im grenzüberschreitenden Geschäft soll es auch für Anbieter von Programmbouquets wie IPTV Entertain der Deutschen Telekom geben. Und für Schüler, Studierende und Lehrkräfte soll es einfacher werden, Internet-Inhalte im Unterricht zu verwenden, ohne gegen Urheberrecht zu verstoßen. (frh/ste) >

Digitaler Binnenmarkt

WiFi4EU

Die EU-Kommission möchte, dass möglichst viele Kommunen in Parks, auf Plätzen und in öffentlichen Gebäuden Wi-Fi-Hotspots mit kostenlosem Zugang zum ultraschnellen Internet einrichten. Ziel der Initiative „WiFi4EU“ ist es, Orte zu versorgen, wo es kein vergleichbares Angebot gibt. Die EU soll Technik und Installation bezahlen, die öffentlichen Einrichtungen sollen monatliche Gebühren und Wartung übernehmen. Mit 120 Mio. Euro könnten zunächst 6.000 bis 8.000 Kommunen versorgt werden, so die Kommission.

EU-INVESTITIONSOFFENSIVE

Verdoppelung von Laufzeit und Mitteln angestrebt

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will die Laufzeit des nach ihm benannten Plans für mehr Wachstum und Arbeitsplätze verdoppeln und sein Volumen ausweiten. Juncker schlug in seiner Rede zur Lage der EU vor, den Investitionspakt nach 2018 um drei Jahre zu verlängern sowie das Volumen bis 2020 auf mindestens 500 Mrd. Euro auszuweiten und möglichst auf 630 Mrd. Euro zu verdoppeln, wenn sich die Mitgliedstaaten auch finanziell beteiligen. Außerdem soll eine ähnliche Investitionsoffensive zugunsten von Entwicklungsländern gestartet werden, um dort Fluchtursachen zu bekämpfen.



Eine EU-Investitionsoffensive für Entwicklungsländer soll Menschen dort mehr Chancen eröffnen, damit sie nicht flüchten müssen. Das Foto zeigt ein Schulprojekt im Kongo.

> Er könne nicht akzeptieren, dass Europa ein Kontinent der Jugendarbeitslosigkeit ist, sagte Juncker. „Investitionen bedeuten Jobs.“ Mit dem Ausbau schneller Netze für den Breitbandzugang zum Internet nannte Juncker einen Schwerpunkt für Investitionen.

Hinter der Investitionsoffensive steckt die Idee, einen Teil des EU-Budgets nicht mehr für Subventionen auszugeben, sondern als Garantien für Infrastrukturprojekte aufzuwenden. Das Ausfallrisiko übernimmt der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI), der mit Garantien aus dem EU-Haushalt und der Europäischen Investitionsbank (EIB) ausgestattet ist. Letztere verwaltet den Fonds auch. Die EIB beziffert das bisher angestoßene Volumen der 2015 gestarteten Investitionsoffensive auf 116 Mrd. Euro, verteilt auf Projekte in 26 Mitgliedstaaten.

Investitionen langfristig sichern

Bisher bildet den Grundstock von EFSI eine Garantiesumme von 21 Mrd. Euro, von der 16 Mrd. aus dem EU-Haushalt kommen und 5 Mrd. Euro von der EIB. Die Ausfallgarantien erlauben es anderen Banken, Förderbanken und privaten Geldgebern, in risikoreichere Projekte zu investieren, als sie es normalerweise täten. Erreicht werden soll so eine Hebelwirkung um den Faktor 15, was sich laut Kommission bisher als realistisch erwiesen hat. Nun schlägt sie vor, für „EFSI 2.0“ die Garantie aus dem EU-Haushalt auf 26 Mrd. Euro und aus dem EIB-Budget auf 7,5 Mrd. Euro zu erhöhen. Eine

fünfzehnfache Hebelung der Summe von 33,5 Mrd. Euro könnte Investitionen von 502,5 Mrd. Euro anstoßen. Um sicherzustellen, dass die Investitionen auch nach 2020 auf „nachhaltigem Niveau“ weitergehen, kündigte die Kommission weitere Vorschläge an.

Auch künftig soll EFSI risikoreiche Projekte ermöglichen, die von EIB und anderen Geldgebern sonst nicht oder nur in geringerem Umfang unterstützt würden. Das Auswahlkomitee soll künftig alle Förderentscheidungen öffentlich begründen, schlägt die Kommission vor.

EFSI-Modell für Entwicklungshilfe nutzen

Das EFSI-Modell will die Kommission jetzt auch „auf globaler Ebene fortsetzen“, kündigte Juncker an. Mit einem Europäischen Fonds für Nachhaltige Entwicklung (EFSD) sollen Entwicklungsländer unterstützt werden, zunächst in Afrika und in der Nachbarschaft der EU. Damit sollen Fluchtursachen beseitigt und das lokale Wirtschaftswachstum angekurbelt wer-

den. „Die neue Investitionsoffensive für Afrika wird Menschen Alternativen bieten, die sich andernfalls gezwungen sähen, auf der Suche nach einem besseren Leben den Tod zu riskieren“, sagte Juncker. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini erklärte, es gehe darum, dass Länder im Mittleren Osten und Afrika ihr „großes Potenzial“ nutzen, was sie wegen Krieg, Armut, fehlender Infrastruktur und schwachen Regierungen teils nicht könnten. Die EU sei schon der größte Geber von Entwicklungshilfe, aber öffentliche Gelder allein reichten nicht aus.

Also baut die Kommission auch bei EFSD auf das Engagement privater Geldgeber. Grundstock sollen Garantien von rund 3,35 Mrd. Euro sein, von denen ein Teil aus existierenden Förderprogrammen für die Region umgeschichtet werden soll. Dadurch könnten mindestens Investitionen von 44 Mrd. Euro angestoßen werden, sagte Juncker. Wenn sich die Mitgliedstaaten in gleichem Maße finanziell beteiligten, könne die doppelte Summe erreicht werden.

Die Kommission sichert den EU-Staaten zu, dass bei Verlusten zuerst die EU-Garantie angezapft wird. Wie bei EFSI sollen auch bei der Entwicklungshilfe technische Experten helfen, für Privatinvestoren geeignete Projekte zu entwickeln. (frh) >

EFSI 2.0 hat neue Ziele

EFSI 2.0 soll Investitionen in Branchen und Regionen lenken, die bisher noch nicht so stark profitieren, etwa Landwirte und Industriebetriebe in schlechter entwickelten Gebieten der EU. Besonders sollen Projekte gefördert werden, die zu Klimaschutz und nachhaltigem Umgang mit Ressourcen beitragen.

■ Juncker zu EU-Investitionen in Drittländern

Apple soll 13 Milliarden Euro nachzahlen



Im Interesse des fairen Wettbewerbs in der EU soll Irland bis zu 13 Mrd. Euro Steuern zuzüglich Zinsen vom US-Hightechkonzern Apple zurückfordern. Die EU-Kommission erklärte irische Steuerregeln für illegal, die es zwei irischen Tochterfirmen von Apple erlaubten, den Großteil der durch den Verkauf von Apple-Produkten in der gesamten EU erzielten Gewinne an zwei fiktive „Verwaltungssitze“ zu transferieren, die nirgendwo in der Welt Steuern zahlen. Diese durch zwei Steuervorentscheidungen (Tax Rulings) von 1991 und 2007 gewährten Vorteile hätten dazu geführt, dass Apple erheblich weniger Steuern zahlen musste als andere Unternehmen.

> „Die Mitgliedstaaten dürfen einzelnen Unternehmen keine steuerlichen Vergünstigungen gewähren. Dies ist nach den EU-Beihilfavorschriften unzulässig“, betonte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Mit Blick auf Proteste von Apple und des US-Finanzministeriums, legale Steuervorschriften dürften nicht rückwirkend für illegal erklärt werden, sagte Vestager, es sei keine einzige Vorschrift rückwirkend geändert worden. Es werde auch keine Strafe gegen Apple verhängt, und die Kommission habe auch nicht die von Apple gewählte Konstruktion in Frage gestellt, wonach die meisten Verkäufe in der EU rechtlich über die beiden irischen Tochterfirmen Apple Sales International und Apple Operations Europe abgewickelt werden. „Hier geht es allein darum, dass unbezahlte Steuern bezahlt werden“, betonte Vestager.

Steuerprivilegien unter der Lupe

Die EU-Kommission nimmt seit längerem die Steuerpraktiken der Mitgliedstaaten unter die Lupe. Im Oktober ist sie zu dem Schluss gekommen, dass Luxemburg und die Niederlande der Kaffeekette Starbucks bzw. dem Autobauer Fiat unzulässige Vorteile gewährt haben. Im Januar hieß es, Deals von Belgien mit mindestens 35 multinationalen Unternehmen widersprächen EU-Recht. Derzeit laufen auch zwei eingehende Prüfungen zu Steuerarrangements in Luxemburg. Sie beziehen sich auf den Onlinehändler Amazon und die Fastfood-Kette McDonald's.

Verwaltungssitz nur auf dem Papier

Schon der offizielle irische Körperschaftsersatz von 12,5 Prozent wird von vielen anderen Mitgliedstaaten als Dumping angesehen. Diesen unterschreitet Apple aber noch um ein Vielfaches. 2011 habe Apple Sales International von einem Gewinn von rund 16 Mrd. Euro nur rund 50 Mio. Euro in Irland versteuert und 15,95 Mrd. Euro steuerfrei dem Verwaltungssitz zugewiesen, so die Kommission. „Dieser so genannte Verwaltungssitz besteht aber nur auf dem Papier“, so Vestager. Es gebe weder Büros noch Mitarbeiter, die einzige Geschäftstätigkeit seien Direktorensitzungen, bei denen es um Finanzmanagement gehe. Es sei „weder sachlich noch wirtschaftlich gerechtfertigt“, diesen Verwaltungssitzen Gewinne zuzuweisen, die diese gar nicht erwirtschaftet haben könnten.

Andere Staaten könnten nachfordern

Andere EU-Staaten könnten versuchen, sich nachträglich einen Teil vom Steuerkuchen zu holen. Wenn sie der Meinung seien, dass ihnen noch Steuern für in ihren Ländern verkaufte Apple-Produkte zustehen, könnten sie diese in Dublin einfordern, sagte Vestager. Das würde die irischen Nachforderungen an Apple vermindern. Deutschland wird aber davon wohl keinen Gebrauch machen. Die in München ansässige Tochter von Apple sei „auf Basis des geltenden Rechts“ besteuert worden, sagte ein Sprecher von Bundesfinanzminister Schäuble. Die entscheidenden Funktionen habe Apple aber „so ausgestaltet, dass sie in Irland beheimatet sind, und auf dieser Basis hätte eine Besteuerung erfolgen müssen“, ergänzte er. Das Vorgehen der Kommission

finde „die volle Unterstützung“ Schäubles. Denn der Binnenmarkt sei das Herz der EU und die Einhaltung seiner Regeln von fundamentaler Bedeutung. Auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel stellte sich hinter die Kommission. „Ich finde es richtig, Konzerne wie Apple und Amazon zur Verantwortung zu ziehen“, sagte er. Die öffentliche Hand brauche dringend mehr Geld, etwa für Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit, und die Unternehmen müssten ihren Anteil beitragen.

Apple will juristisch gegen die Rückforderungen vorgehen. Das Unternehmen verstehe die moralische Verpflichtung von Großkonzernen nicht, dass sie Steuern bezahlen müssten, sagte Jeroen Dijsselbloem, Finanzminister der Niederlande und Vorsitzender der Euro-Finanzministergruppe dazu. „Die Antwort von Apple zeigt, dass sie nicht begreifen, was in der Gesellschaft und in öffentlichen Debatten vor sich geht“, so Dijsselbloem.

Auch die irische Regierung will gegen die Kommissionsentscheidung klagen, weil sie die eigenen Steuergesetze nicht verletzt sieht. Doch gibt es dazu unterschiedliche Meinungen im Land. Die Aussicht auf milliardenschwere Steuereinnahmen ist für viele irische Politiker und Wähler nach einer langen Phase des Sparens verlockend. Parlamentsmehrheit und Regierung fürchten aber, dass US-Unternehmen vor künftigen Investitionen in Irland zurückschrecken könnten – diese sind seit Jahrzehnten eine zentrale Säule der Wirtschaft des Landes. (frh/mgo/sha) >

■ *Steuernachforderung an Irland*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 18.09.2016 17.00 Uhr	„Heimat Europa: Welches Europa wollen wir - welches Europa brauchen wir?“ Festvortrag Veranstalter: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz	Schloss Charlottenburg Theaterbau Spandauer Damm 10 14059 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2016/08/160918-DNK-Einladung-Festvortrag-Kulturerbejahr.pdf
> 20.09.2016 16.00–17.30 Uhr	„Die Stimme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Ratspräsidentschaft der Slowakischen Republik“ Vortrag Veranstalter: EIZ Rostock e.V.	IHK zu Rostock Ernst-Barlach-Str. 1-3 18055 Rostock	www.eiz-rostock.de/veranstaltung/besuch-des-botschafters-der-slowakischen-republik-dr-peter-lizak-in-rostock/
> 21.09.2016 18.00–19.30 Uhr	„Was erwartet uns – Wirtschaftswachstum oder Wirtschaftskrise? Die EU vor globalen Herausforderungen“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Köln	FORUM Volkshochschule Cäcilienstraße 29-33 50676 Köln	www.ize-koeln.de/de/test/event/241-was-erwartet-uns-wirtschaftswachstum-oder-wirtschaftskrise-die-eu-vor-globalen-herausforderungen.html
> 22.09.2016 19.30 Uhr	„Die EU-Flüchtlingspolitik – Von Brüssel nach Würzburg“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Würzburg	Rathaus der Stadt Würzburg Rückermainstraße 2 97070 Würzburg	www.wuerzburg.de/de/buerger/europe-direct-wuerzburg/veranstaltungen-2015/index.html
> 24.09.2016 13.00 Uhr	„Gender im Friedensengagement – deutsche und europäische Perspektiven“ Symposium und Festveranstaltung Veranstalter: Frauenetzwerk für Frieden e.V., Europäische Kommission	Europäische Kommission (Vertretung in Bonn) Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 53111 Bonn	https://ec.europa.eu/germany/events/symposium-und-festveranstaltung-gender-im-friedensengagement-deutsche-und-europ%C3%A4ische_de
> 26.09.2016 19.00 Uhr	„Europäische Werte als Anker in stürmischen Zeiten – Vielfalt und Pluralität“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Relais Rhein-Main	Haus des Lebenslangen Lernens Frankfurter Straße 160-166 63303 Dreieich	www.kreis-offenbach.de/Roadshow
> 28.09.2016 14.00–15.30 Uhr	„Die Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020“ EP-Berichterstatte im Dialog Veranstalter: Europäisches Parlament in Deutschland; Netzwerk EBD	Europäisches Parlament Informationsbüro in Deutschland Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/?s&event-date=1475020800
> 28.09.2016 18.00–20.00 Uhr	„Herausforderungen auf europäischer Ebene: Die erste EU-Ratspräsidentschaft der Slowakei“ Vortrags- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Stuttgart, Europäische Bewegung Deutschland, Landeskomitee Baden-Württemberg, Slowakisches Honorarkonsulat Stuttgart	Stiftung Geißstraße 7 Geißstraße 7 70173 Stuttgart	http://europe-direct-stuttgart.de/pdf/2016-09-28%20Einladung-Slowakei-Abend.pdf
> 28.09.2016 19.00–21.00 Uhr	„Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa. Nutzen Terroristen die Not der Flüchtlinge für ihre Ziele?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt, Landkreis Saalekreis	Schloss Merseburg Domplatz 9 06217 Merseburg	www.kas.de/sachsen-anhalt/de/events/69644/

> **Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de**

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

ÜBERSETZUNGS-TALENTE GESUCHT

Wettbewerb „Jvenes Translatores“ gestartet



Sprachenvielfalt ist faszinierend. Um Schülerinnen und Schüler zu ermuntern, Worte und Sinn möglichst treffend von einer Sprache in eine andere zu übertragen, veranstaltet die EU-Kommission zum zehnten Mal den Wettbewerb „Jvenes Translatores“ für Übersetzungstalente. Aufgabe ist es, einen etwa eine Seite langen Text zum Thema „Sprachen und Übersetzen“ aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere zu übertragen. Die Sprachenkombination ist dabei frei wählbar.

Teilnehmen können diesmal die Jahrgänge 1999. Zunächst muss sich ihre Schule bis zum 20. Oktober bewerben und maximal fünf Teilnehmerinnen und Teilnehmer auswählen. Unter den deutschen Bewerberschulen werden dann 96 ausgelost. Tag für die Übersetzung ist der 24. November. Übersetzer der EU-Kommission küren dann in jedem EU-Staat eine Gewinnerin oder einen Gewinner, die im Frühjahr mit Begleitung für drei Tage zur Preisverleihung nach Brüssel reisen dürfen.

■ [Europäischer Übersetzerwettbewerb](#)

KONFERENZ DER EUROPASCHULEN

Chance für Erfahrungsaustausch und Netzwerkaufbau

Etwa 200 Vertreter von Schulen mit Europaprofil und andere in der europäischen Bildungsarbeit aktive Menschen trafen sich im vergangenen Jahr zur ersten Bundeskonferenz der Europaschulen (Foto rechts). Das dabei geknüpfte Netzwerk soll ausgeweitet und gestärkt werden. So findet am 29. September im Europäischen Haus in Berlin die zweite Bundeskonferenz statt – organisiert vom Land Nordrhein-Westfalen. Neben dem Aufbau von Kontakten soll sie vor allem dem Erfahrungsaustausch dienen.



© Land NRW / Michael Satzpfandt

Auf dem Programm stehen Berichte über die Entwicklung der Europaschulen, über das Pilotprojekt „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ und Diskussionen über Methoden und Werkzeuge der Europabildung. Ziel ist es, jungen Menschen mehr und bessere Möglichkeiten zu bieten, europaorientierte Kenntnisse zu erwerben.

■ [Zweite Bundeskonferenz der Europaschulen](#)

EUROPÄISCHER BÜRGERSCHAFTSPREIS

Deutsche Preisträger werden geehrt



© Europaparlament

Den besonderen Einsatz für europäische Werte, grenzüberschreitende Verständigung und europäische Integration würdigt das Europäische Parlament seit 2008 mit dem Europäischen Bürgerschaftspreis. Er soll Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisationen für ihren Einsatz für die europäische Idee im Alltag belohnen und sie zu weiteren Aktivitäten ermutigen. 2016 hat die Jury des Parlaments aus den Vorschlägen 50 Preisträger ausgewählt, von denen fünf aus Deutschland kommen. Diese werden am 19. September zunächst im Europäischen Haus in Berlin ausgezeichnet, bevor es im Oktober noch eine Ehrung in Brüssel gibt.

Zu den Ausgezeichneten gehören zum Beispiel „SOS Mediterranee“, eine zivile Organisation, die Schiffbrüchige im Mittelmeer rettet, „Endstation Rechts“, ein Online-Nachrichtenportal, das die rechtsextremistische Szene beobachtet, oder Erwin Vollerthun, der sich seit Jahren ehrenamtlich für die polnische Gemeinde Elbing einsetzt – die Heimat seiner Eltern.

■ [Europäischer Bürgerschaftspreis](#)

EUROPÄISCHER TAG DER SPRACHEN

Chance zum „Speak Dating“ im Europäischen Haus Berlin

Beim „Speed Dating“ treffen sich fremde Menschen zu einem kurzen Gespräch. Nach einigen Minuten wechseln alle die Tische für das nächste Gespräch mit einer neuen Person, so lassen sich in kurzer Zeit viele Kontakte knüpfen und bei Interesse später vertiefen. Am 26. September findet zum Europäischen Tag der Sprachen im Europäischen Haus in Berlin ein „Speak Dating“ statt. Dabei geht es neben dem Treffen neuer Menschen vor allem um das „Beschnuppern“ der verschiedenen europäischen Sprachen. Anmelden können sich alle, die deutsch und am besten noch andere der 24 EU-Amtssprachen sprechen.

In lockerer Atmosphäre seine Sprachkenntnisse ausprobieren, in verschiedenen Sprachen andere Menschen kennenlernen, sich über Europa oder andere Dinge austauschen, zuhören, kommunizieren und voneinander lernen: das ist die Idee des von der deutschen Vertretung der EU-Kommission veranstalteten „Speak Dating“. Gemeinsam mit dem EU-Netzwerk der Kulturinstitute EUNIC und der Zentral- und Landesbibliothek Berlin organisiert die Vertretung noch mehr Angebote zum Europäischen Tag der Sprachen.

■ [Europäischer Tag der Sprachen](#)